



> New urban protest formations and their democratization potentials for the European Union

I. Forschungsfragen Das >node<-Forschungsprojekt „*New urban protest formations and their democratization potentials for the European Union*“ untersuchte die Anwendbarkeit von Theorien radikaler Demokratisierung auf neue politische Protestformationen. Das Projekt-Team analysierte in einem zweiten Projektschritt die Formen radikaler Demokratisierung, die von den untersuchten neuen Protest-Formationen praktiziert werden, als potentielle Alternativen zum hegemonialen liberalen Demokratie-Modell und zu den in der EU vorherrschenden Partizipations-Praxen.

Die Entwicklung der „Globalisierungsbewegung“, wie sie selbst sich seit einiger Zeit unter Verzicht auf das Anti-Präfix nennt, wurde in diesem Projekt unter einem Blickpunkt untersucht, der bisher in den Analysen meist übersehen oder ausgeblendet wurde: Neben den Fragen nach Strukturen und aktuellen Positionen stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Beitrag die Bewegung(en) zur Demokratisierung leisten wollen/können. Dahinter steht die These, dass die „Altermondialistes“ vor allem als radikale Demokratisierungsbewegung zu interpretieren sind und sich vom Revolutions-Paradigma früherer Befreiungsbewegungen verabschiedet haben.

In diesem Projekt wurden in einem transdisziplinären Zugang kulturwissenschaftliche und demokratietheoretische Forschungsansätze kombiniert, um neue urbane Protestformationen innerhalb der Bewegung der Altermondialistes mehrdimensional analysieren zu können.

Folgende Forschungsfragen wurden zu Beginn des Projekts erarbeitet:

- Welche politischen Ziele werden von den Protest-Formationen artikuliert?
- Wie unterscheiden sich die Strategien der neuen Protest-Formationen von jenen der historischen „neuen sozialen Bewegungen“?
- Sind die Protest-Formationen als Demokratisierungsbewegung zu begreifen?
- Ist es möglich, sich an neue Protest-Formationen mit Konzeptionen radikaler Demokratie anzunähern?
- Können diese neuen Protest-Formationen als radikaldemokratische Idealtypen fungieren?
- Auf welche Weise werden die Protestformationen und ihre politischen Ziele medial dargestellt?
- Wie unterscheidet sich die Repräsentation ihrer Politik von der traditionelleren Formen von Politik (Parteien, historische ‚social movements‘, pressure groups)?
- Wie stellen sich die Protestformationen selbst öffentlich dar und welche Repräsentationsstrategien setzen sie ein?
- Wie besetzen sie den öffentlichen Raum der Medien bzw. welche Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten erzeugen sie?

II. Meilensteine und
Ergebnisse
II. 1. Interner Workshop
„Stand der Bewegung“ (18.6.2004)

TeilnehmerInnen: Ludomir Bratic (Büro für ungewöhnliche Maßnahmen), Sylvia Riedmann (Universität Innsbruck), Gerald Raunig (eipcp), Nora Sternfeld (trafo k), Oliver Marchart und Rupert Weinzierl.

In den Referaten wurde zunächst der Status der „Bewegung der Bewegungen“ analysiert: „Von *einer* Bewegung kann nicht (mehr) gesprochen werden, falls dies freilich ohnehin jemals der Fall war. Die Multitude hat ihren zeitweiligen Herrsignifikanten, nämlich den Terminus „Globalisierung“ selbst, auf den Müllhaufen der Geschichte entsorgt und ergeht sich nun in mehr oder weniger ernsthaft betriebenen Spaltungstendenzen. Deutlich wird das beispielsweise am autonomen Gegendreffen zum vorjährigen ESF in Paris (u.a. resultierend aus dem Bestreben einiger französischer „Altermondialistes“, sich für die Regionalwahlen mit linken Parteien zu gemeinsamen Wahllisten zusammen zu schließen), an der Trennung breiter Teile der deutschen Linken in ein anti-deutsches und ein anti-imperialistisches Lager sowie am Rückzug zahlreicher Gruppen in ihre „ureigenen“ – oft lokalen – Auseinandersetzungen und partikularen Kämpfe. Die weltweiten Vernetzungstreffen sind – wie auch das ASF – kaum vom Ringen um eine gemeinsame bzw. hegemoniale Position innerhalb der „Bewegung“ getragen, sondern begnügen sich damit, die inhaltliche und politische Breite der vorhandenen und teilnehmenden Gruppierungen zu spiegeln“ (Sylvia Riedmann).

In einem nächsten Schritt wurden Entwicklungstendenzen der Bewegung skizziert – als Beispiele für neue Äquivalenzketten wurden die May-Day-Kampagne, den BUKO-Kongress 2004, die „Berlin umsonst“-Aktivitäten und die „Intermittents et précaires associés“ genannt. Als gemeinsam erstrittener, immer wieder neu formulierter, sehr fragmentarischer, temporär beschränkter und zwischen unterschiedlichen Bedeutungsgehalten oszillierender Referenzpunkt diente dabei das Konzept der „Prekariät“. Dieses setzen aktuell die unterschiedlichsten Gruppierungen (MigrantInnen, FeministInnen, Immateriell Arbeitende, etc.) ein, wodurch die Entwicklung von Strategien (Stichwort: Aneignung) ausgehend von einem gemeinsamen Ort möglich wird (Sylvia Riedmann).

II. 2. Öffentlicher Workshop „Steht die
Bewegung“ (10.12.2004, „Depot“)

Tagungsprogramm:

1. Block: „Repräsentationen der neuen Protest-Bewegungen“

Dario Azzelini „Darstellungsstrategien der globalisierungskritischen Bewegungen“

Achim Brunnengräber „Gipfelstürmer oder Straßenkämpfer – was ist neu an den globalen Protestbewegungen?“

Sylvia Riedmann „Protestformationen aus Sicht der Cultural Studies“

Moderation: Rupert Weinzierl

10:30–13:00 Uhr

2. Block: „Politische Inhalte und Strategien der neuen Protest-Bewegungen“

Ulrich Brand „Die Rehabilitation von Protest und anti-neoliberale Strategien der Bewegungen“

Joachim Hirsch „Demokratiethoretische Perspektiven auf die Bewegungen“

Stefanie Kron „Globalisierungskritik und Kritik an der Bewegung aus feministischer Perspektive“

Oliver Marchart „Radikale Demokratie & neue Protest-Bewegungen“

Moderation: Karin Harrasser

15–18:00 Uhr

3. ab 19:30 Filmpräsentation: Oliver Ressler / Dario Azzellini „Venezuela von unten“ (2004)
Diskussion zum Film: Nicole Scheyerer („Falter“)
Ulrich Brand (Politikwissenschaftler)
Jens Kastner (Sozialwissenschaftler, Journalist)
Gustavo Marquez-Marin (Botschafter von Venezuela in Österreich)

II. 3. Symposium
„Democracy Beyond Democracy.
Democratic Struggle in a
Post-Democratic Age“
(9/10.9.2005, „Depot“)

Wir leben in einer zutiefst ambivalenten, wenn nicht paradoxen politischen Situation. Auf der einen Seite hat Demokratie den Status eines unüberschreitbaren Horizonts gewonnen. Es ist heute unmöglich, ein politisches Projekt in anderen als demokratischen Begriffen zu formulieren. Auf der anderen Seite realisieren wir immer mehr, dass gegenwärtige Demokratien keinen positiven Referenzpunkt für unser Handeln bieten. Es scheint, dass der Begriff vom selbsterklärten „freien und demokratischen“ Westen gekapert wurde und nun vor allem die uneingeschränkte Herrschaft des freien Marktes signifiziert. Genau in dem Moment also, in dem die „Demokratie“ ihren unangefochten Zenit erreicht hat, scheinen wir in ein post-demokratisches Zeitalter einzutreten. Das mag zwar immer noch demokratisch genannt werden, doch „Demokratie“ wurde, so scheint es, inzwischen ihres emanzipatorischen Inhalts entkleidet, wie ihn die demokratische Revolution einst durchgesetzt hatte.

Das Symposium „Democracy beyond Democracy“ setzte sich die Aufgabe, die Konsequenzen, die sich aus dieser paradoxen Situation für emanzipatorisches Handeln ergeben, zu reflektieren. Wie müssen wir das neue post-demokratische Zeitalter verstehen? Ist es überhaupt möglich, den demokratischen Horizont zu überschreiten – oder sind wir bereits in eine Epoche *jenseits* der Demokratie eingetreten? Und wenn ja, was werden wir dort finden? Eine (neo-liberale und alternativlose) Demokratie ohne Demokratie? Oder eine *andere* Demokratie, wie sie etwa von den globalen Protestbewegungen gefordert wird? Denn müssen wir nicht diese Bewegungen gerade als Demokratisierungsbewegungen verstehen? Treten soziale Bewegungen heute nicht genau ein für eine *Demokratisierung der Demokratie*?

Wenn dem so ist, werden wir jenseits des Horizonts der Demokratie nicht etwa das Andere der Demokratie finden. Sondern wir werden eine *andere* Demokratie finden. Im Symposium wurde von politischen TheoretikerInnen versucht, die Konturen einer solch anderen Demokratie herauszuarbeiten. Dazu wurde das „Einheitsdenken“ der neo-liberalen Post-demokratie mit alternativen Konzepten wie jenem einer „radikalen und pluralen Demokratie“ (Mouffe) oder einer „wilden Demokratie“ (Abensour) konfrontiert.

>node< researchaustria
New urban protest formations and their
democratization potentials for the European Union
Kurzfassung

Programm:

Friday, September 9

Morning Session:

Democratic Struggle in a Post-Democratic Age

Demokratische Kämpfe in post-demokratischen Zeiten

Opening lecture/Einleitungsvortrag:

10.30–11.30: Chantal Mouffe (London): *Which Radical Democracy?*

11.30–12.15 Oliver Marchart (Vienna/Basel)

Lunch break/Mittagspause

Afternoon Session:

The Democracy of Protest – Die Demokratie des Protests

15.00–15.45 Jeremy Gilbert (East London)

15.45–16.30 Simon Torney (Nottingham)

Evening lecture/Schlussvortrag:

19.00 Miguel Abensour (Paris): *Democracy Against the State –
Of an Insurgeant Democracy*

Saturday, September 10:

11.00–13.00 Panel with experts and representatives of Austrian >node<-projects („New Orientations for Democracy in Europe“, research program by the Ministry of Science)

Participants: Miguel Abensour (Professor for Political Philosophy at the University of Paris), Oliver Marchart (>node<-project „New Urban Protest Formations and their Democratization Potentials for the European Union“), Monika Mokre (>node<-project „Referenda to the European Constitution and their Significance for the European Public“), Chantal Mouffe (Professor for Political Theory at the Centre for the Study of Democracy, Westminster University in London), Alan Scott and Helga Treichl (>node<-project „Zur politischen Rolle und Bedeutung von ATTAC im Kontext der Europäischen Zivilgesellschaft), Simon Turney (Professor for Political Science at the University of Nottingham), Heidemarie Uhl (>node<-project „Iconclash. Kollektive Bilder und Democratic Governance in Europa“), Rupert Weinzierl (>node<-project „New Urban Protest Formations and their Democratization Potentials for the European Union“)

II. 4. Ergebnisse Spätestens seit der sogenannten *Battle of Seattle* 1999 ist ein neuer Akteur auf die Bühne globaler Politik getreten. Dieser neue Akteur wird abwechselnd *Antiglobalisierungsbewegung*, *globale Protestbewegung*, „*global justice movement*“ oder einfach „*Bewegung der Bewegungen*“ genannt. Wo diese Bewegung heute steht, ist wesentlich diffiziler zu beantworten als noch zur Zeit der Proteste in Genua. Nachfolgend zitieren wir deshalb aus zwei Interviews mit Face-to-Face-Interviews mit AktivistInnen der Bewegung, um die ambivalente Einschätzung ihrer derzeitigen Verfasstheit zu illustrieren:

Die erste von uns ausgewählte Interviewpassage:

„Die Bewegung befindet sich jetzt in einer Transitionsphase. Viele denken, die Phase der „Bewegung der Bewegungen“ sei abgeschlossen. Ich glaube das ehrlich gesagt nicht... aber auch auf globaler Ebene ist offensichtlich, dass die Bewegung stärker von Unsicherheiten und Zweifel durchzogen ist, als von Sicherheiten. Wenn ich ein spezifisches Terrain ausmachen soll, auf das sich die Energien der Bewegung konzentrieren sollten, fällt mir spontan das Terrain ein, auf das sich auch das Wort „Sozialforum“ bezieht, also die Fähigkeit eine radikale Verwurzelung aufzubauen, die die Präsenz der Bewegung selbst permanent macht. Das ist die große Chance und das große Problem gewesen, dass sich nach Genua der italienischen Bewegung gestellt hat. Und die Tatsache darauf keine kollektive Antwort gegeben haben zu können, ist sicher der Ursprung vieler Schwierigkeiten von heute.“

Im Gegensatz zu dieser Position eine zweites Statement:

„Dadurch, dass das 3. ASF auf Drängen von SPÖ und Grünen abgesagt bzw. auf 2006 verschoben wurde, ist es klar geworden, dass es zu Ende geht.“

Wir haben im Projekt versucht, dieser in den Antworten durchklingenden Vielschichtigkeit der Bewegung gerecht zu werden: Obwohl die Bewegung eine kulturelle und mediale Seite hat, stellt sie uns als Phänomen unserer Ansicht nach vor die Aufgabe, den politischen Aspekt von Protest neu zu durchdenken. Während die kulturelle Seite bestimmter Jugend- und Subkulturen in ihren Stilen und Ritualen repräsentiert sein kann, gehen wir davon aus, dass trotz ihrer bunten Erscheinungsform das eigentliche Wesen dieser Subkulturen – wenn sie denn ein Wesen haben – genau nicht kulturell ist, sondern politisch – und sei es nur, weil sie Teil einer viel größeren Koalition von Bewegungen sind. Wenn wir also diese Subkulturen analysieren wollen, werden wir sie zuallererst ernst nehmen müssen als politische Formationen, weshalb das Projektteam vorschlägt, sie als „neue Protestformationen“ zu bezeichnen.

Eine aus Sicht der politischen Theorie besonders interessante unter den neu entwickelten Aktionsformen – abgesehen von den Aktionen und Demonstrationen auf der Straße – stellt dabei (wie aus den Interviews deutlich herauszulesen ist) die Institution der Sozialforen dar. Ihnen scheint heute eine Funktion zuzukommen, wie sie den von Hannah Arendt immer wieder beschworenen *Elementarrepubliken* der amerikanischen Revolution zukam. Seit dem ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre 2001 kommen überall unterschiedlichste Protestformationen, NGO's, politische Akteure, Gewerkschaften und Individuen (allerdings, zumindest offiziell,

keine Parteien) zusammen, um, das ist das Arendtianische daran, aus einer *agonalen Pluralität von Perspektiven* auf einigermaßen gleichberechtigter Basis zu debattieren (zumindest idealtypisch). Obwohl die Sozialforenbewegung unter Ermüdungs- und Verfestigungserscheinungen leidet, kommen die Sozialforen derzeit unter den existierenden Öffentlichkeiten wohl immer noch dem Arendtschen Öffentlichkeitsbegriff am nächsten. Im Unterschied zu einer Habermas'schen Öffentlichkeit sind sie aber nicht ausgerichtet am Ziel der Findung eines rationalen Konsenses, sondern schlichtweg um den Austausch auch noch so kontroversieller Meinungen bemüht. Selbst wo es zu einer Abschlusserklärung kommt, sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele der Akteure oft kaum etwas politisch gemeinsam haben und – jenseits der Antiglobalisierungsbewegung – auch nicht haben wollen. Deshalb sind die Foren nicht auf der Suche nach einem überlappenden Konsens, sondern stellen eher die *Differenz* der unterschiedlichen und dennoch gemeinsam versammelten politischen Positionen und Weltanschauungen aus.

Und trotzdem gibt es einen unhintergehbaren Aspekt von Politik, der von einer rein Arendtianischen Sicht auf die Dingen übersehen werden würde. Denn auch wenn die Forumsöffentlichkeit nur als agonale Pluralität funktioniert, in der im Wettstreit der Meinungen eine *Pluralität* von politischen Positionen aufeinanderprallt, kann das Modell nicht erklären, was diese unterschiedlichsten Positionen zuallererst in diesem und keinem anderen Raum versammelt hat. Es bleibt ungeklärt – und im Rahmen dieses Modells allein nicht zu klären –, was die einzelnen Akteure *trotz ihrer Differenzen* aneinander bindet. Das Modell pluraler Differenzen muß aus diesem Grund ergänzt werden um ein Modell der *Äquivalenz*. Der von Laclau und Mouffe vorgeschlagene Begriff des Antagonismus leistet genau das: Er erklärt, wie eine Zahl von differentiellen Positionen gegenüber einer sie alle negierenden äußeren Instanz zu einer, und sei es noch so prekären Äquivalenzrelation finden. Ohne ein *konstitutives Außen*, ohne die Instanz der Negation ihres differentiellen Charakters, kann es auch keine Äquivalenz geben. Es käme zu einer bloßen Zerstreuung von Differenzen. Das Forum würde *als Forum* verschwinden, gäbe es nicht jenseits seiner Grenzen eine Instanz, die als gemeinsamer Feind agiert. Der Agonismus der Auseinandersetzung *innerhalb* der Sozialforen wird überhaupt erst *gegründet* und ermöglicht durch einen noch fundamentaleren oder radikaleren *Antagonismus*, der die Äquivalenz der dort Versammelten garantiert.

Der leere Signifikant, der zum ursprünglichen Namen dieses externen Feindes wurde, ist bekanntlich „Globalisierung“. Die Logik des Antagonismus erklärt auch die immer wieder konstatierte Leere dieses Signifikanten, denn gerade weil er nichts anderes signifiziert als den externen Feind der Antiglobalisierungsbewegung, kann er selbst kaum positive Inhalte besitzen. Entscheidend für die Fortschritte der Antiglobalisierungsbewegung ist aber, daß dem Signifikanten Globalisierung eben nicht nur ein Signifikant des *Anti-Globalismus* entgegengesetzt wird, sondern ein Begriff von *Öffentlichkeit*, wie sie im *Innern* der Sozialforen exemplarisch und auf Arendtianische Weise *vor-gehandelt* wird. Das macht aber die politische Konstruktion von Antagonismen nicht überflüssig. Würde man diese antagonistische Seite der Politik aufgeben, wären auch die Sozialforen in kürzester Zeit verschwunden. Zur Konstitution einer *Forumsöffentlichkeit* ist die Konstruktion einer äußeren Grenze unbedingt erforderlich. Es muß neben der Forumsöffentlichkeit, gleichsam eine zweite Öffentlichkeit erzeugt werden, die sich im Moment des *Antagonismus* bildet. Eine Öffentlichkeit, die wir als *Barrikadenöffentlichkeit* bezeichnen. Das ist die Öffentlichkeit des Protests.

Was damit gemeint ist, wird am Beispiel der Antiglobalisierungsbewegung deutlich. Tatsächlich hat sie *zwei* Typen von Öffentlichkeit erzeugt, die sich wechselseitig bedingen, soll das ganze Projekt sowohl *emanzipatorisch* als auch *politisch effektiv* sein. Mit der plural-agonalen Öffentlichkeit der Sozialforen wird ein Raum erzeugt, in dem die verschiedensten Meinungen *innerhalb* der Bewegung aufeinanderprallen können. Gäbe es einen solchen Raum nicht, wäre das emanzipatorische Potential der „Bewegung der Bewegungen“ ausgesprochen limitiert: sie würde sich zu *einer* in sich homogenen „Bewegung der Bewegung“ schließen. Das mag ihre „Durchschlagskraft“ erhöhen, ihr emanzipatorisches Potential wird sich aber verringern. Umgekehrt verbindet diese unterschiedlichsten Positionen ausschließlich jene *externe* Öffentlichkeit, die als Barrikadenöffentlichkeit operiert, indem sie einen Antagonismus aufzieht zwischen der Antiglobalisierungsbewegung auf der einen und den nationalen wie internationalen Kräften der ökonomischen „Globalisierung“ auf der anderen Seite. Ohne die Herstellung der Barrikadenöffentlichkeit des Protests hätten die *inhaltlichen* Positionen der „Bewegung der Bewegungen“ nie externe Sichtbarkeit erlangt.

Ein Hauptziel der Arbeit im Zuge dieses Projekts war zu erforschen, inwieweit die (Anti-)Globalisierungsbewegung oder „Bewegung der Bewegungen“ Potentiale für politische Veränderungen in den EU-Staaten in sich trägt. Aus der theoretischen Arbeit und der Diskurs-Analyse entwickelten wir die Hypothese, dass im Gegensatz zur Berichterstattung der Mainstream-Medien die meisten der neuen Bewegungen ganz eindeutig *innerhalb* des demokratischen Horizonts agieren, ihn aber in Richtung einer radikalen Demokratisierung der EU-Institutionen auszuweiten versuchen. Die Ergebnisse der empirischen Arbeiten stützen diese Hypothese, zeigen aber eine Tendenz zur Verlagerung des Aktivitätsschwerpunkts der Bewegungen auf die lokale und regionale Ebene:

Aus einer makropolitischen Perspektive gesehen könnte eine wesentliche Rolle der Bewegung in Zukunft darin bestehen, als radikaldemokratische Demokratisierungsbewegung auf europäischer Ebene den Antagonismus zwischen den liberal-kapitalistischen Demokratien und Forderungen nach radikaler Demokratisierung sichtbar zu machen und politisch zu nutzen. Die Ergebnisse des vorliegenden Projekts könnten daher zusammen mit ähnlich gearteten Analysen die Identifikation von Demokratiedefiziten europäischer Institutionen erleichtern und dazu beitragen, radikaldemokratische Inputs für repräsentative Demokratien zu propagieren.

Kurzauszug aus der Interpretation der face-to-face-AktivistInnen-Interviews zum Stand der „Bewegung der Bewegungen“

Ein Hauptziel der empirischen Arbeit im Zuge dieses Projekts war die Erhebung der subjektiven Einschätzungen der AktivistInnen, inwieweit die Artikulation der „Bewegung der Bewegungen“ politische Veränderungen entweder herbeiführt oder das Potential für zukünftige Änderungen in sich trägt. Bei den Befragten herrscht ein breiter Konsens, dass der Aktivismus der Bewegung bereits politische Änderungen bewirkt hat. Bei der Frage nach den Motiven für das Engagement in der Bewegung wird deutlich, dass die AktivistInnen Vertrauen in die Veränderungspotentiale von Bottom-up-Approaches („Politik von unten“) und in die Vorteile von heterogenen, offenen Organisations- und Aktivismusformen haben.

Die bewirkten Veränderungen und Veränderungspotentiale werden von den AktivistInnen aus unserer Sicht durchaus realistisch eingeschätzt: Nur ein Drittel der Befragten nimmt an, dass die „Bewegung der Bewegungen“ Sozialabbau stoppen oder mehr Regeln und Grenzen für neoliberale Wirtschaftspolitik durchsetzen kann und auch hinsichtlich der Demokratisierung von Entscheidungen auf überregionaler Ebene sind die AktivistInnen skeptisch. Als realistischstes Ziel wird der „Aus- und Aufbau von Gegenöffentlichkeiten“ eingeschätzt, gefolgt von „mehr Möglichkeiten zur Selbstbestimmung von Lebensräumen“ und der „Demokratisierung von Entscheidungen auf regionaler Ebene“.

Die AktivistInnen der Bewegung unterscheiden in ihrem Selbstbild relativ trennscharf zwischen realen politischen Potentialen wie der Herstellung von Gegenöffentlichkeiten, von selbstbestimmten Räumen und einer radikaldemokratischen Einflussnahme auf regionalen Ebenen einerseits und einem Bereich des Denkbaren andererseits, in dem es um Ziele wie eine Demokratisierung der internationalen Institutionen und die „Demokratisierung der Demokratie“ selbst geht. Eine grundlegende Voraussetzung für Änderungen in diesem zweiten, derzeit utopisch erscheinenden Bereich ist aus der Sicht der AktivistInnen die Herstellung von Vorstellungswelten als Schlüssel für zukünftige konkret erreichbare Ziele. Die Verankerung der Ziele der Bewegung in der Mainstream-Medienlandschaft zeigt die erfolgreiche Platzierung der Forderung nach einer „anderen Welt“ im öffentlichen Diskurs.

Gleichzeitig ist den AktivistInnen aber auch bewusst, dass sich die Bewegung derzeit in einer kritischen Umbruchphase befindet. Proteste auf der Straße etwa werden von allen Befragten für wichtig befunden (in der Einsicht, dass die Bewegung sowohl der externen Öffentlichkeit der Strassenproteste als auch der plural-agonalen Öffentlichkeit der Sozialforen bedarf), gleichzeitig räumt aber die Mehrheit der Befragten ein, dass derzeit große Straßenproteste nicht die geeignete Ausdrucksform für die Bewegung zu sein scheinen. Es ist auch ein mögliches Szenario für die Bewegung, dass aus einem Mangel an Perspektiven heraus Konfrontationen innerhalb der Bewegung aufbrechen und die verschiedenen AkteurInnen sich aus der Äquivalenzkette, welche die Bewegung bisher bildete, herauslösen.

Nach den bisherigen politischen Erfahrungen in der globalisierungskritischen Bewegung teilen die meisten AktivistInnen die Einstellung, dass je höher die Ebenen des Engagements werden, es umso schwieriger für die Bewegung wird, politische Veränderungen zu bewirken. Die Befragten gehen aber auch von einer Wechselwirkung zwischen den Ebenen aus: Das „Zusammenspiel vieler lokaler Siege“ sei wesentlich, um politische Veränderungen auf den höher gestellten Ebenen zu erreichen. Teile der Bewegung haben derzeit an vielen Orten verstärkt Arbeit in der lokalen Dimension begonnen oder vertieft – es wird für die Bewegung nun darum gehen, zugleich auch die internationalen und radikaldemokratischen Dimensionen beizubehalten und eine realistische Perspektive in der Frage des Verhältnisses der Bewegung zu politischen Parteien und zu Interessenvertretungen nicht aus den Augen zu verlieren, um das oben genannte Negativ-Szenario zu vermeiden. Eine Chance der Bewegung liegt jedenfalls darin, dass neoliberalismuskritische Befunde in der letzten Zeit deutlich an politischer Attraktivität gewonnen haben. Zitat eines Befragten: „Die Bewegung ist – zumindest laut der internationalen öffentlichen Meinung – ja bekannt geworden, indem sie in sehr effizienter Weise gegen das Demokratiedefizit internationaler Institutionen protestiert hat, von denen das Leben des Großteils der Menschen auf dieser Welt abhängt.“

Umsetzbare Lösungen für dieses Demokratiedefizit zu finden ist wesentlich schwieriger – unserer Ansicht nach hat die Bewegung bisher eher das Problem nur aufgeworfen. Aber: Die Antworten der AktivistInnen unterstützen unsere Hypothese, dass es zu einem der Hauptziele der Bewegung werden könnte, in radikaldemokratischem Aktivismus Forderungen nach Gleichheit in immer mehr soziale Sphären – von der lokalen Ebene über die EU bis hin zur globalen Ebene – hineinzutragen. Wenn dieses radikaldemokratische Modell gegenüber dem repräsentativen Demokratiemodell deutlich attraktiviert werden soll, muss die Bewegung emanzipatorische Positionen in Schlüsselfragen wie Feminismus, Mitbestimmungsrechten von MigrantInnen und deren Zugang zu Ressourcen und einer anti-antisemitischen Position sowohl in ihren Binnenstrukturen als auch nach außen glaubwürdig verkörpern und transportieren.

Das innovative Potential der neuen Protestformationen

1. Es handelt sich um „transnationale soziale Bewegungen“ (eine deutliche Abgrenzung zu den „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen).
2. Die grundsätzliche Kritik an den sozio-ökonomischen Verhältnissen, also an der Hegemonie des Neoliberalismus und dessen Konsequenzen: Demontage des Wohlfahrtsstaates, wachsende Schere zwischen arm und reich, ökologische Krisenerscheinungen und eine wachsende Zahl von „ModernisierungsverliererInnen“.
3. Die Kontinuität der Massenprozesse: Seit 1999 potestiert die „Bewegung der Bewegungen“ gegen Institutionen und Politik des Neoliberalismus. Durch diese Kontinuität des Protestes ist das Hauptanliegen der Altermondialistes öffentlich präsent geworden. Diese öffentliche Wahrnehmung sorgt dafür, dass ein Ignorieren der Kritik und der Forderungen der „Bewegung der Bewegungen“ fast unmöglich geworden ist.
4. Die Entwicklung politischer Netzwerke und die Herausbildung einer Politik jenseits der etablierten politischen Institutionen. Dabei zeichnet sich die Tendenz ab, dass transnationale Bewegungen zunehmend selbst formaleren Charakter annehmen, um die Vernetzungsprozesse zu erleichtern. Rund um den Globus besteht bereits ein solches *Netz alternativer Kommunikation*, in dem nicht nur Informationen ausgetauscht und Kampagnen vorbereitet und organisiert werden; dort finden auch politische Debatten sowie Klärungs- und Lernprozesse statt.
5. Die Intensivierung der Kommunikation via E-Mail und der schnelle Zugriff auf Informationen über das Internet. Damit werden neue Aktionsformen wie z.B. *Cyberspace*-Aktionen, E-mail-Petitionen, Online-Demos geschaffen und Kommunikations-, Informations- und Organisationskosten reduziert.
6. Die Veränderungen im Verhältnis zwischen den Bewegungen aus Nord und Süd. Es geht nicht mehr um die klassische Solidarität derjenigen, die sich für andere Menschen einsetzen, sondern um die Begründung einer gemeinsamen Politik, die an verschiedenen Orten gemacht wird.

Unterschiede zu den „neuen sozialen Bewegungen“ der 1970er und 1980er

Eine soziale Bewegung wird dadurch gekennzeichnet, dass sie zwar einige gemeinsame Situationsdeutungen und Zielvorstellungen sowie einen gewissen Grad von Kommunikation und Koordination aufweist, aber aus einer Vielzahl von eher locker verbundenen Organisationen, Initiativen und Ansätzen mit im einzelnen durchaus unterschiedlichen Orientierungen besteht¹. Dies macht ihre Entwicklung und Dynamik einigermaßen offen und bedeutet, dass sie durch eine ganze Reihe von Widersprüchen und Ambivalenzen gekennzeichnet ist. Dieser Definition zufolge handelt es sich bei der aus den neuen Protestformationen zusammengesetzten neoliberalismuskritischen Bewegung um eine soziale Bewegung.

¹ J. Hirsch „Globalisierungskritik: Systemstabilisierung oder Kampf um Hegemonie?“ in www.linksnetz.de.

Die „Bewegung der Bewegungen“ hat mit den „neuen soziale Bewegungen“ der 1970er und 1980er wie der Friedens-, der Ökologie- oder der Dritte-Welt-Bewegung eine nicht-traditionelle Form politischer Partizipation gemeinsam, unterscheidet sich jedoch in vier Hauptpunkten von den „neuen sozialen Bewegungen“.

1. Die globalisierungskritische Bewegung setzt mit ihrer Kritik am Kernbereich der globalen kapitalistischen Ökonomie an, während sich die einzelnen Segmente der „neuen sozialen Bewegungen“ in den späten 1970er und Anfang der 1980er Jahre in partiellen Schwerpunkten und Aktionen voneinander abkapselten. Dadurch war die Durchschlagskraft der partikular operierenden „neuen sozialen Bewegungen“ wesentlich geringer als jene der Protestbewegung des Jahres 1968, die sich auf der Grundlage gemeinsamer sozialistischer, antiimperialistischer und antikapitalistischer Diskussionszusammenhänge formierte. Die theoretischen Grundlagen der Ökonomiekritik der neuen sozialen Bewegung sind diffus und fluktuieren zwischen Versatzstücken aus der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie sowie keynesianischen und ordoliberalen Vorstellungen. Trotzdem stellt es ein gewisses Novum dar, dass sich eine Bewegung mit ihrer Kritik auf die zentralen ökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse des existierenden Kapitalismus bezieht. Der damit verbundene Versuch der Politisierung der Ökonomie impliziert eine „Re-Politisierung der Politik“, die das eindimensionale Denken („pensée unique“) des neoliberalen Sachzwangdiskurses durchbricht und Alternativen der Gesellschaftsgestaltung wieder zum Thema macht.

² Boehme, Nele/Walk, Heike: Globalisierung von unten: Transnationale Netzwerke in Aktion. In: Boehme, Nele/Walk, Heike (Hg.): Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus. Münster 2002, S. 9–24 (S. 19)

2. Die Kritik richtet sich stärker an supra- und transnationale Institutionen als an den Nationalstaat: Prozesse der Entscheidungsfindung werden zunehmend auf die Ebene der transnationalen Akteure (WTO, Weltbank, IWF und die transnationalen Unternehmen) bei gleichzeitigem Kompetenzverlust der Nationalstaaten für die Lösung innerstaatlicher sozialer Probleme verlegt. Boehme/Walk verorten die Transnationalisierung auf drei Ebenen: Erstens wird die nationalstaatliche Handlungsebene um die globale ergänzt, zweitens wird dadurch eine stärkere Verknüpfung verschiedener Politikfelder bewältigt und drittens findet eine Ausweitung des Akteursumfeldes statt². Diese Verschiebungen gehen auf Regierungsebene mit der Herausbildung von internationalen Organisationen eines informellen Typus einher, während auf der Ebene des

Widerstands verstärkt internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gegründet werden. Wir verstehen daher die Formierung einer transnationalen globalisierungskritischen Bewegung als eine Antwort auf die wachsende Institutionalisierung der internationalen Politik. Sie übt Kritik am Vorgehen der supra- und transnationalen Institutionen, verlangt die Demokratisierung von Entscheidungen und widmet sich vor allem den sozioökonomischen und sozialen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierungsprozesse.

3. Ein weiterer Unterschied zu den „neuen sozialen Bewegungen“ liegt in der Mediennutzung und Öffentlichkeitsarbeit der globalisierungskritischen Bewegung. Die Protest-Netzwerke operieren transnational unter Nutzung der Möglichkeiten des neuen Kommunikationstechnologien. Darüber hinaus werden auch die traditionelleren Medien professioneller genutzt; vor allem ATTAC versucht geschickt durch das Einbeziehen von Prominenten in die Diskussionsprozesse mediale Öffentlichkeit herzustellen. Die Bewegung für eine Globalisierung von unten versucht im Unterschied zu den sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahren eine Balance zwischen Autonomie und optimaler Nutzung der Medien zu erreichen. Bislang gelingt es ihr, mit den Wechselwirkungen von gesellschaftlicher Realität und Medienwirklichkeit zu hantieren, denn nicht zuletzt ist der erstaunliche Zustrom zu den Globalisierungskritikerinnen zum großen Teil ein Resultat des Medienechos. Die Öffentlichkeit scheint über die Aktivitäten der globalisierungskritische Bewegung relativ gut informiert und ihre Anliegen sind keineswegs unpopulär: laut einer Umfrage von „Die Zeit“ (30/2001) hielten zwei Drittel der Deutschen die Anliegen der GlobalisierungskritikerInnen für berechtigt.
4. Die globalisierungskritische Bewegung ist nicht aus einer sozialen Klasse heraus entstanden, wie beispielsweise die ArbeiterInnenbewegung, sondern sie setzt sich aus heterogenen AktivistInnen mit unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft zusammen. Sie vereint verschiedene Generationen, unterschiedliche nationale Kulturen und Klassen. Demnach basiert sie nicht auf einer homogenen sozialen Gruppe, die exklusive und starke Identitäten entwickelt und große Utopien ausarbeitet. Vielmehr liegt die Stärke der „Bewegung der Bewegungen“ trotz ihrer derzeitigen Krise immer noch darin, viele heterogene Proteste in einem gemeinsamen Projekt zusammenzuführen.